



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Landkreise » Prignitz » **Regionale Nachrichten**

07.06.2007

Anderes Abfuhrsystem gefordert

Putlitz-Berger Amtsdirektor spricht sich gegen Müllgebührenerhöhung aus

AXEL KNOPF

PUTLITZ/PERLEBERG Nachdem der Landkreis Prignitz schlecht bei einem Preisvergleich für die Müllgebühren abgeschnitten hat, fordert der Putlitz-Berger Amtsdirektor Gerd Ehrke, dass es auf keinen Fall zu der geplanten 12,5-prozentigen Gebührenerhöhung kommen darf. "Es ist das Mindeste, die Erhöhung zu verhindern", sagt Ehrke. Um mehr Anreize zum Sparen und zur Abfallsortierung für die Bürger zu schaffen, muss seiner Ansicht nach in einem zweiten Schritt das bestehende Abfuhrsystem geändert werden. Das jetzige System, bei dem der Bürger nur zwischen drei Entleerungsrhythmen und verschiedenen Tonnengrößen wählen kann, würde sich nicht am tatsächlichen Aufkommen orientieren, kritisiert Ehrke.

Wie berichtet, hatte der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen in einer Studie festgestellt, dass in einem Landesvergleich die Abfallentsorgung in der Prignitz mit 72,25 Euro je Kubikmeter am teuersten ist. Am billigsten ist sie in Märkisch-Oderland, wo der Kubikmeter lediglich 19,41 Euro kostet. Der Landesdurchschnitt beträgt 46,79 Euro. Die Prignitzer Kreisverwaltung zweifelte allerdings die Richtigkeit der Studie an. Sie sieht bei den Abfallgebühren den Kreis einen Mittelfeldplatz im Landesvergleich einnehmen.

Der Putlitz-Berger Amtsdirektor Ehrke lobt dagegen die Arbeit des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen. Dem Verein sei für seine Initiative zu danken, mit der Preisdatenbank "mehr Transparenz in das System zu bringen".

Die hohen Abfallgebühren wie auch das in Teilen des Landkreises verhältnismäßig teure Trink- und Abwasser zieht laut Ehrke weit reichende Folgen nach sich. Unter diesen Bedingungen "fällt es mir verdammt schwer, jemandem zum Bleiben in der Region zu überzeugen". Er verweist in diesem Zusammenhang auf ein bundesweites Kreisranking, bei dem die Prignitz letzte Plätze belegt habe. So betrage das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen nur 1400 Euro im Monat.

Ehrke nimmt das Ergebnis der Studie, aber auch andere Belastungen für Bürger und Gemeinden zum Anlass für die Forderung nach einer Wählbarkeit von hauptamtlichen Bürgermeistern und Amtsdirektoren in den Kreistag. Diese hätten nicht nur die Aufgabe, auf die eigenen Gemeindehaushalte zu achten, sondern müssten auch die Amts- und Kreisumlagen kritisch betrachten, um die Belastungen für die Bürger so gering wie möglich zu halten. Brandenburg sei eines der letzten Bundesländer, das das Wählbarkeitsverbot in der Gemeindeordnung stehen habe.